

# Kirche und Gesellschaft



Jörg Althammer

## Welche Wirtschaft tötet?

Anmerkungen zum Rundschreiben  
*Evangelii gaudium*  
aus wirtschaftsethischer Perspektive

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

### **THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:**

**März 2014, Nr. 408:** Gerhard Kruij

„Die Befreiung und die Förderung der Armen“ (EG 187).

Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus

**April 2014, Nr. 409:** Arnd Küppers/Peter Schallenberg

Für eine inklusive Gesellschaft. Anmerkungen zur Ökumenischen Sozialinitiative

**Mai 2014, Nr. 410:** Ursula Nothelle-Wildfeuer

Mindestlohn – eine Frage der Gerechtigkeit?

### **VORSCHAU:**

**September 2014, Nr. 412:**

Gottfried Leder zum Themenbereich: „Grundgesetz und Menschenwürde“

**Oktober 2014, Nr. 413:**

Thomas Rusche zum Themenbereich: „Wirtschaftsethik“

**November 2014, Nr. 414:**

Antonius Liedhegener zum Themenbereich: „Religion und Zivilgesellschaft“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2014

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2822-5

Papst Franziskus ist ein Mensch der starken Worte und Bilder. Seine Äußerungen werden von Politik, Medien und Gesellschaft wahrgenommen und weit über die Grenzen des katholischen Milieus hinaus rezipiert. Seine Aussagen zur inneren Verfassung der Kirche, zur Öffnung des Lehramts hin zu den Menschen und zu einer Kirche für die Armen treffen auf ein breites und insgesamt sehr positives Echo. So war es auch bei dem ersten Rundschreiben des Papstes, *Evangelii gaudium*. Die Botschaft von der Freude des Glaubens, von einer dienenden Kirche für die Armen und längst überfälligen Strukturreformen stießen in der Öffentlichkeit auf ein breites Echo und wurden von den Medien ausgesprochen wohlwollend kommentiert.

Ganz anders verhält es sich mit seinen Äußerungen zur Verfassung der Wirtschaft und zu den sozialen Wirkungen der Globalisierung. Die wenigen und relativ kurzen Passagen, in denen sich der Papst in *Evangelii gaudium* über die Verwerfungen der globalen Wirtschaft äußert, wurden in den Medien einer teilweise geradezu harschen Kritik unterzogen. Die Süddeutsche Zeitung bezeichnet die Kapitalismuskritik des Schreibens als „linksradikal“, der Herausgeber der Zeit, Josef Joffe, als „heillos“.<sup>1</sup> Die mit Abstand schärfste Kritik findet sich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. Dezember 2013.<sup>2</sup> Unter der Überschrift „Die Kirche verachtet die Reichen“ kritisiert der Autor Rainer Hank nicht nur das Rundschreiben *Evangelii gaudium*, sondern in einem Atemzug die gesamte Katholische Soziallehre sowie das christlich inspirierte Gebot der Nächstenliebe und der sozialen Gerechtigkeit. „Deng Xiaoping, der Marxist,“ – so Rainer Hank – habe „mehr für die Armen getan als Mutter Theresa.“<sup>3</sup>

Es ist unbestritten, dass die Aussagen des Schreibens zu bestimmten Pathologien der globalisierten Wirtschaft in einer eindringlichen, teilweise plakativen und zuspitzenden Sprache gehalten sind. Aber das ist kein Spezifikum von *Evangelii gaudium* – ähnlich starke Bilder finden sich beispielsweise auch in der Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI., *Caritas in veritate*.<sup>4</sup> Wenn man diese Passagen aus dem Zusammenhang des Textes und der Tradition der Katholischen Soziallehre reißt, lassen sich diese Zitate tatsächlich zu einer Art antikapitalistischem Manifest zusammenfügen. Das wird jedoch weder der Soziallehre insgesamt noch dem vorliegenden Text gerecht. Bevor jedoch auf die wirtschaftsethisch relevanten Passagen des Schreibens Bezug genommen wird, sollen zunächst die Zielsetzung und der Adressatenkreis des Schreibens noch etwas genauer spezifiziert werden.

## Der Adressatenkreis des Textes

*Evangelii gaudium* ist keine Sozialzyklika, sondern eine Exortatio, also eine „Ermunterung der Gläubigen zum rechten Tun“. Das wird bereits aus dem Adressatenkreis deutlich, der sich – wie bei jedem päpstlichen Rundschreiben – in der Präambel findet. Das Schreiben ist an die Bischöfe, die Priester und Diakone und an die christgläubigen Laien adressiert. Es richtet sich nicht – wie alle Sozialzykliken seit *Populorum progressio* – an „alle Menschen guten Willens“, sondern stellt ein ausschließlich kircheninternes Schreiben dar. Der Wirtschaftsethiker Ingo Pies spricht deshalb zu Recht von einer „Binnenkommunikation der Katholischen Kirche“.<sup>5</sup> Es handelt sich um einen pastoralen Text, dessen primäres Ziel es ist, die „ursprüngliche Frische der Frohen Botschaft“ neu zu erschließen (*Evangelii gaudium*, Textziffer (Tz.) 11) und die Strukturen der Kirche zu reformieren. Das Schreiben ist auch keine sozialkritische Einlassung zu Fragen der Globalisierung und der modernen Gesellschaft. Es will vielmehr einen Beitrag zur Neuevangelisierung leisten. Zur Zielsetzung des Schreibens heißt es in der Textziffer 184 ganz unmissverständlich: „Dies ist kein Dokument über soziale Fragen“. Zur wirtschaftsethischen und sozialpolitischen Position der Kirche wird auf das Kompendium der Soziallehre der Kirche verwiesen, das an mehreren Stellen des Textes besonders hervorgehoben wird.

Deshalb finden sich auch nur wenige Stellen zu wirtschaftlichen oder sozialen Fragen. Im Wesentlichen sind das die Textziffern 50 – 57, 182 – 192 und 202 – 221, also einige wenige Abschnitte in einem immerhin mehr als 200 Textseiten umfassenden Dokument. Und auch in diesen wenigen Textpassagen wird der Geltungsanspruch der kirchlichen Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zunächst stark relativiert. Franziskus ist sich der Gefahr der Kompetenzüberschreitung bewusst, die immer besteht, wenn sich die Kirche in wirtschaftspolitische Fragen einbringt. Deshalb wird im Text deutlich betont, dass die Katholische Soziallehre keine abschließenden Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme liefern kann. In Textziffer 51 heißt es: „Es ist nicht die Aufgabe des Papstes, eine detaillierte und vollkommene Analyse der gegenwärtigen Wirklichkeit zu bieten.“ Und etwas später (Tz. 184): „Außerdem besitzen weder der Papst noch die Kirche das Monopol für die Interpretation der sozialen Wirklichkeit oder für einen Vorschlag zur Lösung der gegenwärtigen Probleme.“ Diese deutliche Zurückhaltung des Lehramts bei der Beurteilung wirt-

schaftlicher Prozesse ist ebenfalls nicht neu; sie findet sich bereits bei Paul VI. (*Octogesima adveniens*) und sehr nachdrücklich bei Benedikt XVI. in *Caritas in veritate*.<sup>6</sup>

Des Weiteren stellt sich *Evangelii gaudium* bewusst in die Tradition der Katholischen Soziallehre. In der Textziffer 50 heißt es: „Ich setze die verschiedenen Analysen voraus, welche die anderen Dokumente des universellen Lehramts dargeboten haben, wie auch die, welche die regionalen und nationalen Bischofskonferenzen vorgestellt haben.“ Um das wirtschaftsethische Anliegen des Schreibens richtig interpretieren zu können, muss der Text vor dem Hintergrund der zentralen Aussagen der Katholischen Soziallehre gelesen werden.

### **Die Wirtschaftsethik in *Evangelii gaudium*: Ein „mehrfaches Nein“**

Wie bereits erwähnt, beinhaltet das Schreiben *Evangelii gaudium* nur wenige Textstellen zu wirtschaftlichen Fragen. Die wirtschaftsethisch relevanten Stellen im ersten Teil des Textes lassen sich mit einem „mehrfachen Nein“ umschreiben: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung (Tz. 53 – 55), Nein zur Vergötterung des Geldes (Tz. 55 – 56), Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen (Tz. 57 – 58) und Nein zu sozialer Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt (Tz. 59 – 60).

#### Nein zur Vergötterung des Geldes

In seinen wirtschaftsethischen Passagen kritisiert das Schreiben zunächst eine „Kultur des Wohlstands“. Darunter ist eine Haltung zu verstehen, die den Menschen ausschließlich unter reinen Wirtschaftlichkeitsinteressen betrachtet und als alleinige Bedürfniskategorie den materiellen Konsum akzeptiert. Der Mensch wird – anders ausgedrückt – auf seine produktiven und konsumtiven Funktionen im Wirtschaftsablauf reduziert. Dass ein theologisches Schreiben eine materialistische Werteorientierung und bloßes Nützlichkeitsdenken kritisiert, kann nicht überraschen. Und die Gefahr der wirtschaftlichen Verzweckung des Menschen ist auch nicht systemspezifisch. Wenn man sich die Ausbeutung des Menschen und den Raubbau an der Natur in den ehemals sozialistischen Staaten ansieht, so kann man durchaus argumentieren, dass die Marktwirtschaft aufgrund ihrer hohen ökonomischen Effizienz in der Lage ist, humangerechtes Wirtschaften und die Bewahrung der Umwelt langfristig zu gewährleisten. Gleichzeitig stellt

sich die Frage, ob die wirtschaftliche Verzweckung des Menschen und eine Konsumorientierung tatsächlich typische Auswüchse der Wohlstandsgesellschaft sind.

Der Appell an die Solidarität und ein gemeinwohlorientiertes Handeln richtet sich zunächst an den Einzelnen. Das Schreiben betont, dass die Realisierung subjektiver Bedürfnisse (der Text spricht hier von „Konsumismus“) nicht sinnstiftend ist und der Herausbildung einer eigenständigen Identität entgegensteht.<sup>7</sup> *Evangelii gaudium* bleibt jedoch nicht in einer bloßen Tugend- und Nahbereichsethik stehen, sondern bezieht die strukturelle Dimension sozialer Gerechtigkeit explizit mit ein. Wenn das Schreiben in der Textziffer 59 von dem „in den Strukturen einer Gesellschaft eingenisteten Bösen“ spricht, dann wird hier ein direkter Bezug zur Theologie der Befreiung und ihrer sozialökonomischen Problemanalyse hergestellt.<sup>8</sup> Und obwohl sich die argumentative Figur der Sündhaftigkeit sozialer Strukturen auch in Rundschreiben anderer Päpste findet,<sup>9</sup> ist der explizite Bezug auf befreiungstheologische Konzepte ganz ohne Zweifel ein Spezifikum im Schreiben von Papst Franziskus. Umso bemerkenswerter ist es, dass Franziskus weder die dependenztheoretische Ursachenanalyse noch die sehr weitgehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Implikationen der politischen Befreiungstheologie aufnimmt. Die wirtschaftspolitischen Aussagen bewegen sich im Rahmen dessen, was die Katholische Soziallehre seit längerem einfordert. So mahnt das Schreiben die Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivität am Sachziel der Wirtschaft und am Gemeinwohl an. Diese Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivität an den gesellschaftlichen Finalzielen ist die Aufgabe des Staates, mithin der klassischen Ordnungspolitik.

Nein zu einem Geld, das regiert, anstatt zu dienen

Wenn man in *Evangelii gaudium* kapitalismuskritische Stellen sucht, dann wird man am ehesten in den Ziffern 56 bis 58 fündig. Hier ist von „grenzenloser Gier nach Macht und Besitz“ und einer Verabsolutierung – der Text spricht sogar von einer „Vergöttlichung“ – des Marktes die Rede. In einer utilitaristischen Marktlogik würden ethische und ökologische Prinzipien systematisch ausgeblendet, es entstehe eine „unsichtbare, manchmal virtuelle Tyrannei“. Trotz dieser beißenden Kritik am Prinzip des Marktes sind auch diese Textpassagen kein Aufruf zum Systemwechsel. Denn das Schreiben kritisiert nicht den Markt an sich, sondern lediglich einen vollständig deregulierten, sich selbst

überlassenen und von keinen ethischen und moralischen Maßstäben begrenzten Markt. Seine Kritik richtet sich somit gegen eine ideologische Überhöhung des Laissez-faire Liberalismus, nicht gegen das Prinzip der Verkehrswirtschaft.<sup>10</sup>

## Nein zur sozialen Ungleichheit und einer Wirtschaft der Ausschließung

Der sozialetisch neue Gedanke im Schreiben *Evangelii gaudium* betrifft die Frage nach der sozialen Ungleichheit. Um diese Textpassagen richtig einordnen zu können, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, was im Schreiben unter „sozialer Ungleichheit“ verstanden wird. In den westlichen Wohlfahrtsgesellschaften werden Ungleichheit und Armut als Abweichung von einem gesellschaftlichen Durchschnitt definiert. Ungleichheit ist jegliche Form der Abweichung von einer Durchschnittsnorm. Als armutsgefährdet gilt nach EU-Definition eine Person dann, wenn ihr verfügbares Einkommen 60 % eines durchschnittlichen Einkommens in der Gesellschaft unterschreitet. Das ist aber nicht das, was der Text meint, wenn in ihm von „Ungleichheit“ und „Ausgrenzung“ die Rede ist. „Ungleichheit“ ist zu verstehen als eine exzessive Disparität in den Lebenslagen, als eine Wohlstands- und Überflusgesellschaft auf der einen Seite und eine extreme Mangelgesellschaft auf der anderen.

„Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit“ (Tz. 53).

Vor diesem Hintergrund sind die Passagen zur sozialen Ungleichheit zu lesen. Und nur so wird die Aussage „Diese Wirtschaft tötet“ verständlich. Gemeint sind nicht das marktwirtschaftliche Prinzip oder eine spezifische Eigentumsordnung, sondern eine Wirtschaft, in der weite Teile der Gesellschaft vom Zugang zu lebensnotwendigen Gütern ausgeschlossen sind. Diese Exklusion ist das zentrale Topos des Schreibens. Sie wird ebenfalls mit drastischen Worten beschrieben: „Die Ausgeschlossenen sind nicht Ausgebeutete, sondern Müll, Abfall“ (Tz. 53). Ausgrenzung ist für die Betroffenen prekärer als Ausbeutung. Denn in einem Ausbeutungsverhältnis wird den Arbeitnehmern ein Teil ihrer produktive Wertschöpfung vorenthalten; im Fall

der Ausgrenzung sind sie demgegenüber gar nicht erst in der Lage, sich produktiv in die Gesellschaft einzubringen. Mit dieser starken Betonung der Exklusion in wirtschaftlichen Angelegenheiten erschließt der Text nicht nur eine neue Thematik für die Katholische Soziallehre. Damit stellt sich das Schreiben auch gegen wirtschaftliche Diagnosen, die bestimmten Ausprägungen der Befreiungstheologie zugrunde liegen. Denn die lateinamerikanische Befreiungstheologie stützt sich in ihren wirtschaftspolitischen Positionen auf die Dependenztheorie.<sup>11</sup> Diese Theorie unterstellt zunächst ein aus der Kolonialzeit herrührendes Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen entwickelten Volkswirtschaften und Schwellenländern. Vor diesem Hintergrund wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts versucht, die Schwellenländer durch eine Politik der Importsubstitution und der partiellen Autarkie teilweise von den Weltmärkten abzuschotten. Die Folge dieser Politik waren erhebliche Wohlstandseinbußen, welche die Armut in den Ländern Lateinamerikas nachhaltig verschärften.

Das nachdrückliche Einfordern der wirtschaftlichen Inklusion widerspricht einer systemkritischen Interpretation des Textes. Denn durch den Markt werden unterschiedliche Akteure national wie international zusammengeführt und individuelle Pläne aufeinander abgestimmt. Er trägt damit nicht nur zur Wohlstandssteigerung bei, sondern gewährleistet auch die Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder an der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Allerdings – und auch darauf verweist der Text – müssen die Chancen zur Teilnahme an der Interaktion fair verteilt und die Austauschbedingungen gerecht ausgestaltet sein. Dies ist eine der zentralen Aufgaben der nationalen wie der internationalen Wirtschaftspolitik.

### **Washington Consensus und „Überlauf-“ Theorie**

An einer Stelle wird das Schreiben aber doch überraschend konkret und politisch. Bereits zu Beginn des Textes, in der Textziffer 54, kritisiert das Schreiben die sogenannte „Überlauf-“ oder „*trickle down*-Theorie“. Unter dieser Theorie versteht man die wirtschaftspolitische Annahme, dass sich ein gesamtwirtschaftlicher Wachstumsimpuls auch ohne begleitende wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen langfristig gleichmäßig auf alle gesellschaftlichen Schichten verteilen würde. Sie war ein zentrales Element der angebotsorientierten Entwicklungspolitik der 1980-er und 1990-er Jahre und hat ihren Niederschlag in der Auflagenpolitik internationaler Institutionen wie der



Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds gefunden. Denn wenn man eine weitgehend gleichmäßige Verteilung des Wohlstandszuwachses auf alle gesellschaftlichen Schichten als gegeben unterstellt, dann besteht die Aufgabe der Wirtschaftspolitik lediglich darin, die Bedingungen für ein möglichst dynamisches wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Verteilung der ökonomischen Erträge auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen kann man in diesem Fall getrost den Kräften des freien Marktes überlassen. Sozialpolitische Maßnahmen sind unter diesen Bedingungen nicht armutsvermeidend und sozial integrativ, sondern erweisen sich sogar als schädlich für die am schlechtesten Gestellten. Denn in dem Maße, in dem die staatliche Verteilungspolitik die Funktionsfähigkeit der Märkte beeinträchtigt, reduziert sie das gesamtwirtschaftliche Wachstum und damit auch die Entwicklungsmöglichkeiten der armen Bevölkerung.

Dementsprechend konzentrierte sich die Auflagenpolitik der internationalen Organisationen auf die Einhaltung von Stabilitätskriterien und die Liberalisierung der Wirtschaft, während Maßnahmen der Sozial- und Verteilungspolitik tendenziell als effizienzschädigend eingestuft und kritisch bewertet wurden. Neben der Liberalisierung des Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, einer Freigabe der Wechselkurse und einer Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen sahen die Auflagen der internationalen Organisationen eine Verringerung der öffentlichen Ausgaben, die umfassende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und eine Liberalisierung der Güter- und Faktormärkte vor.

Diese Politik wurde im Rahmen der Krisenbekämpfung insbesondere in Lateinamerika praktiziert. Auf makroökonomischer Ebene konnten durchaus Erfolge erzielt werden: So sank die Inflationsrate auf einstellbare Werte, die Budgetdefizite verringerten sich deutlich und die Finanzmärkte wurden umfassend dereguliert. Die Zunahme des Wirtschaftswachstums blieb jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gleichzeitig war diese Politik mit erheblichen sozialen Verwerfungen verbunden. Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Armut nahmen deutlich zu.

An dieser Kritik der *trickle down*-Theorie wird erkennbar, dass die wirtschaftspolitischen Passagen des Schreibens vor dem Hintergrund der Situation Lateinamerikas gelesen werden müssen. Denn die *trickle down*-Theorie war eine Annahme, die dem sogenannten „Washington Consensus“<sup>12</sup> zugrunde lag. Der Washington Consensus bezeichnet die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik internationaler Institutionen, vor

allem des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, während der 1980-er Jahre. Mittlerweile wird diese überkritische Haltung dem Sozialstaat gegenüber als ein großer Fehler angesehen, der die sozialen Verwerfungen in den Schwellenländern massiv verstärkt hat.<sup>13</sup>

### **Von der trickle down-Theorie zur Politik des Pro Poor Growth**

Die makroökonomische Stabilisierungspolitik war in den krisengeschüttelten Ländern Lateinamerikas ohne jeden Zweifel notwendig und überfällig. Galoppierende Inflationsraten von 200 % und mehr machten wirtschaftliches Wachstum und eine Verbesserung der Lebenssituation breiter Bevölkerungsschichten unmöglich. Diese exzessiven Preissteigerungsraten trafen vor allem die arme Bevölkerung, die sich vor diesem Preisanstieg nicht wirksam schützen konnte. Auch die Ineffizienzen eines überbordenden öffentlichen Sektors und die damit einhergehende Korruption und *rent seeking* Verhalten wirkten sich vor allem auf die ärmsten Bevölkerungsschichten aus. Und schließlich muss auch klar sein, dass eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards in den Entwicklungs- und Schwellenländern einen wirtschaftlichen Wachstumsprozess in diesen Regionen voraussetzt. Armutsbekämpfung kann nicht ausschließlich durch Umverteilung des vorhandenen Volkseinkommens dieser Staaten erfolgen. Eine Politik der gezielten Wachstumsbegrenzung oder gar eines „*De-Growth*“ mag für entwickelte Volkswirtschaften diskutabel sein, für die am wenigsten entwickelten Länder ist sie keine Option. Dies wird auch im Rundschreiben des Papstes so gesehen. In Textziffer 204 heißt es dazu: „Das Wachstum in Gerechtigkeit erfordert etwas, das mehr ist als Wirtschaftswachstum, auch wenn es dieses voraussetzt.“ Bei aller Kritik an einer ausschließlich auf Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik wird doch deutlich betont, dass wirtschaftliches Wachstum eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebenslage der ärmsten Schichten ist. Wirtschaftswachstum ist somit zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Bedingung für die Bekämpfung der Armut.

Mit der Formulierung „Wachstum in Gerechtigkeit“ rekurriert der Text auf ein aktuelles entwicklungspolitisches Konzept, das in der Literatur unter dem Stichwort des „*Pro Poor Growth*“ bzw. des „breitenwirksamen Wachstums“<sup>14</sup> behandelt wird. Darunter versteht man eine entwicklungspolitische Strategie, bei der das wirtschaftliche Wachstum gezielt zur Armutsbekämpfung genutzt wird.<sup>15</sup> Ziel ist es, einen ge-

benen Wachstumsimpuls bestmöglich in eine Anhebung der Lebenslage der armen Bevölkerung zu transformieren.

Klasen fasst die vorliegende empirische Evidenz zu den Determinanten des *Pro Poor Growth* zusammen.<sup>16</sup> Danach erfordert ein inklusives Wachstum neben einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität gezielte Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit, insbesondere der Ungleichheit zwischen Mann und Frau, und weitere verteilungspolitische Aktivitäten. Schließlich fordern die Autoren einen „starken Staat“, der mit dazu beiträgt, Marktunvollkommenheiten abzubauen und den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu den Kapital- und Gütermärkten zu ermöglichen.

### **Globalisierung und soziale Integration**

Wie ist nun vor diesem Hintergrund der Prozess der Globalisierung zu sehen? Auch bei einer kritischen Betrachtung wird man feststellen müssen, dass die Globalisierung zweifellos einen beispiellosen Zuwachs an weltweitem Lebensstandard möglich gemacht hat. Der wirtschaftliche Aufschwung der BRIC-Staaten – also Brasilien, Russland, Indien und China – wäre ohne die internationale Arbeitsteilung und den freien Güter- und Kapitalverkehr gar nicht möglich gewesen. Die Lebenslage der Menschen in diesen Ländern hat sich dramatisch verbessert. Und da diese Länder zu den bevölkerungsreichsten Regionen der Welt zählen, ist im Zuge der Globalisierung auch der weltweite Lebensstandard deutlich gestiegen. Gleichzeitig hat die globale Ungleichverteilung erkennbar abgenommen. Dass wir heute zahlreiche der sogenannten „Millenniumsziele“ bereits erreicht haben bzw. kurz davor stehen, diese zu erreichen, ist zu wesentlichen Teilen auf den freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen – also auf die Globalisierung – zurückzuführen. So wichtig diese Entwicklungsziele für die Freiheit und die Verwirklichungschancen der Menschen auch sind,<sup>17</sup> der Charakter der Globalisierung würde nur unzureichend erfasst werden, wenn man sich auf die rein wirtschaftlichen Aspekte beschränkte. Denn Globalisierung bedeutet zunächst einmal die Begegnung von Menschen und den Austausch unterschiedlicher Gedanken, Ideen und Kulturen. Die Globalisierung greift tief in unser tägliches Leben ein und führt zu einer kulturellen Bereicherung, auf die niemand verzichten möchte. Durch sie werden Menschen miteinander in Verbindung gebracht. Wirtschaftliche Globalisierung ist ihrem Charakter nach inklusiv. Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen erhöht nicht

nur die Produktivität und den Wohlstand in den beteiligten Ländern. Er ermöglicht es gerade den weniger entwickelten Volkswirtschaften, ihre komparativen Vorteile in den Prozess der globalisierten Wirtschaft einzubringen. Dabei handelt es sich zunächst um wenig qualifizierte, arbeitsintensive Tätigkeiten, die aus den industrialisierten Volkswirtschaften mit hohem Lohnniveau in Standorte mit günstigeren Arbeitsbedingungen ausgelagert werden. Bereits diese Verlagerung von Produktionsstandorten generiert wichtige Wachstumsimpulse für die am wenigsten entwickelten Länder. Aber das Beispiel erfolgreicher Schwellenländer wie China oder Indien zeigt, dass dies nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem anhaltenden Wachstum ist. Mit zunehmender Industrialisierung und steigendem technischen Fortschritt entwickeln sich in diesen Ländern auch neue, wertschöpfungsintensivere Branchen. Wirtschaftliche Inklusion, also die Überwindung einer „Wirtschaft der Ausgrenzung“, ist der einzig Erfolg versprechende Weg zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse im globalen Maßstab. Das bedeutet freilich nicht, dass alle Akteure in gleicher Weise vom Prozess der Globalisierung profitieren. Die wirtschaftliche Globalisierung ist, wie jede dynamische wirtschaftliche Entwicklung, ein Prozess der „schöpferischen Zerstörung“. Bestehende Produktionstechniken werden durch verbesserte Methoden ersetzt und vorhandene Anbieter durch kostengünstigere Wettbewerber verdrängt. Aber insgesamt führt dies zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten.

Global betrachtet sind vor allem jene Volkswirtschaften von Armut und Unterentwicklung bedroht, die nicht in den Prozess der globalen Arbeitsteilung eingebunden sind. Diese ökonomische Exklusion kann das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung der herrschenden Eliten sein. Beispiele hierfür sind der Versuch der partiellen Autarkie durch die Politik der Importsubstitution oder – in extremer Form – die weitgehende Abschottung der Wirtschaft, wie dies beispielsweise in Nordkorea der Fall ist. In den meisten Fällen liegt der Grund jedoch in der inneren Verfasstheit dieser Länder. Unsichere Eigentumsrechte, fehlende Rechtsstaatlichkeit sowie eine weit verbreitete Korruption erhöhen die politischen Risiken für die Unternehmen und machen Direktinvestitionen in diesen Ländern unrentabel. Aus diesem Grund ist die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit eine der zentralen Faktoren für den wirtschaftlichen Fortschritt in den Entwicklungs- und Schwellenländern.<sup>18</sup>

## ***Evangelii gaudium* – ein antikapitalistisches Manifest?**

Argumentiert *Evangelii gaudium* „gegen den Markt“?<sup>19</sup> Wenn man sich den wesentlichen Kern der wirtschaftsethischen Aussagen des Schreibens vergegenwärtigt, wird man dafür kaum stichhaltige Anhaltspunkte finden. Die Kritik des Papstes richtet sich gegen die Exklusion, gegen den Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen aus gesellschaftlichen Bezügen. Der Markt ist jedoch seinem Wesen nach integrativ. Über den Markt werden unterschiedliche Begabungen und Talente ohne Ansehen der Person, des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit zum gegenseitigen Vorteil zusammengeführt. Wenn *Evangelii gaudium* also ein „Nein zu einer Wirtschaft, die ausschließt“ fordert, dann kann damit keine grundsätzliche Ablehnung des marktwirtschaftlichen Prinzips gemeint sein. Es geht vielmehr um Pathologien spezifischer wirtschaftlicher Entwicklungen. Diese sind in aller Regel auf fehlende oder falsch gesetzte politische Rahmenbedingungen zurückzuführen. Und diese falschen Rahmenbedingungen haben in den entwickelten Volkswirtschaften ihre Ursache nicht zuletzt in der Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus der vergangenen Jahrzehnte. Wenn der Text also an mehreren Stellen eine „Umkehr“ fordert, so ist das nicht nur – wie Ingo Pies (2013) meint – pastoral zu verstehen. Mit der „Rückkehr von Wirtschaft und Finanzleben zu einer Ethik zugunsten des Menschen“ spricht sich Papst Franziskus durchaus für eine stärkere Rolle der nationalen wie globalen Wirtschafts- und Sozialpolitik und für eine Abkehr vom reinen *Laisser-faire* Liberalismus aus.<sup>20</sup> Die harschen Formulierungen, die sich im Text zur Wirtschaftsordnung finden und die in den Medien so intensiv aufgegriffen wurden, beziehen sich aber nicht auf das marktwirtschaftliche Prinzip an sich, sondern auf einen unregulierten Markt ohne sozialen Ausgleich. Mit dieser Kritik an einem ungebändigten Kapitalismus steht das Schreiben in guter sozialkatholischer Tradition, von *Rerum novarum* über *Centesimus annus* bis *Caritas in veritate*.

---

### **Anmerkungen**

- 1 Dabei nimmt es die ZEIT übrigens nicht allzu genau mit der Wiedergabe des Textes. Der Kommentar von Joffe beginnt schon mit einem fehlerhaften Zitat. Joffe schreibt: „Der Kapitalismus tötet“, lehrt der Papst“. In dem päpstlichen Rundschreiben selbst heißt es an der entsprechenden Stelle jedoch: „Diese Wirtschaft tötet“. Wie weiter unten noch ausführlicher dargestellt wird, bezieht sich diese Aussage nicht auf den Kapitalismus an sich, sondern auf eine

- 
- Wirtschaft der Ausschließung, die den Menschen das Nötigste zum Leben vorenthält. Der Begriff „Kapitalismus“ findet sich im gesamten Schreiben an keiner einzigen Stelle.
- 2 Vgl. hierzu auch die Replik von Reinhard Kardinal Marx in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 15.12.2013.
  - 3 Es ist müßig, auf den Kategorienfehler einzugehen, der Rainer Hank hier unterläuft. An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, dass Deng Xiao Ping verantwortlich für das Massaker am Platz des Himmlischen Friedens war. Die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Jahr 1989 hat nicht nur hunderten friedlicher Demonstranten das Leben gekostet, sondern der chinesischen Bevölkerung auch Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf absehbare Zeit vorenthalten.
  - 4 Vgl. beispielsweise nur Tz. 27 in *Caritas in veritate*, in der das globale Wohlstandsgefälle mit dem Bild des Lazarus verglichen wird, dem „es nicht gestattet ist, mit dem Reichen an derselben Tafel zu sitzen“.
  - 5 Pies (2013).
  - 6 In *Octogesima adveniens* – einem Schreiben Papst Paul VI. an den damaligen Präsidenten des päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, Kurienkardinal Maurice Roy, anlässlich des achtzigsten Jahrestags des Erscheinens der ersten Sozialenzyklika *Rerum novarum* – weist Papst Paul VI. darauf hin, dass es nicht die Aufgabe der Katholischen Soziallehre ist, „eine bereits verfestigte Struktur mit ihrer Autorität zu bestätigen oder ein fertiges Modell vorzulegen.“ Eine derartige Kompetenzüberschreitung wird beispielsweise *Quadragesimo anno* vorgeworfen, wenn dort die „berufsständische Ordnung“ als ideales und der Katholischen Soziallehre adäquates Wirtschaftssystem postuliert wird.
  - 7 Hier zeigen sich deutliche Parallelen zum Konzept der „ganzheitlichen Entwicklung des Menschen“ in *Caritas in veritate*.
  - 8 Zur befreiungstheologischen Dimension von *Evangelii gaudium* siehe Kruij (2013).
  - 9 So spricht bspw. Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* von „Strukturen der Sünde“ (SRS, Tz. 37) und in dem drei Jahre zuvor entstandenen apostolischen Schreiben *Reconciliatio et poenitentia* von „sozialer Sünde“.
  - 10 Vgl. Pies (2014), S. 2.
  - 11 Vgl. Wiemeyer (1987).
  - 12 Dieser Begriff geht auf John Williamson zurück. Williamson war Anfang der 1970-er Jahre Berater beim IWF und von 1996 bis 1999 Chefökonom der Weltbank. Beim sogenannten „Washington Consensus“ handelt es sich nicht um ein ausformuliertes wirtschaftspolitisches Programm, sondern eher um die Zusammenfassung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die dem damals vorherrschenden ökonomischen mainstream entsprachen; vgl. Williamson (2004).
  - 13 Eine ökonomisch profunde und dennoch sehr lesbare Kritik an der Politik von IWF und Weltbank findet sich bei Stiglitz (2004). Der Nobelpreisträger für

---

Wirtschaftswissenschaft war selbst Chefökonom der Weltbank, bevor er aus Protest gegen die Politik dieser Institution von diesem Amt im Jahr 2000 zurücktrat.

- 14 Der Begriff des „breitenwirksamen Wachstums“ ist missverständlich. Denn das Ziel ist es nicht, alle Gesellschaftsschichten in gleichem Umfang am Wachstum teilhaben zu lassen, sondern das Wachstum auf die Ärmsten zu konzentrieren.
- 15 Zum Konzept des „Pro Poor Growth“ und seiner Operationalisierung vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2006): „Pro Poor Growth“. Das entwicklungspolitische Thema breitenwirksames Wachstum, Berlin sowie Weltbank (2005): Pro-Poor Growth in the 1990s – Lessons and Insights from 14 Countries. Operationalizing Pro-Poor Growth Research Program, Washington.
- 16 Vgl. Klasen et al. (2007).
- 17 Vgl. hierzu Sen (2002).
- 18 Vgl. Dollar/Kraay (2001) sowie Dollar et al. (2013).
- 19 So die zugespitzte Formulierung bei Pies (2014).
- 20 Vor diesem Hintergrund geradezu prophetisch ist die Mahnung von Papst Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991, wenn er davor warnt, an die Stelle der gescheiterten sozialistischen Systeme einen sich selbst überlassenen Kapitalismus zu setzen (vgl. *Centesimus annus*, insbes. Tz. 42). Bereits hier fordert er anstelle eines vollständig deregulierten Kapitalismus ein System der ordnungspolitisch und sozial ausgestalteten Marktwirtschaft.

## Literatur:

- Dollar, David; Kraay, Aart (2001): Trade, Growth and Poverty, Washington
- Dollar, David; Kleineberg, Tanja; Kraay, Aart (2013): Growth is still good for the Poor, Washington
- Hank, Rainer (2013): Die Tyrannei des Marktes, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 1. Dez. 2013
- Joffe, Joseph (2013): Heillose Kapitalismuskritik, in: Die Zeit vom 12. Dez. 2013
- Klasen, Stephen et al. (2007): Determinants of Pro-Poor Growth: Analytical Issues and Findings from Country Cases, Houndmills
- Kruij, Gerhard (2014): Die Befreiung und die Förderung der Armen. Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus, in: Kirche und Gesellschaft, Nr. 408, Köln
- Marx, Reinhard (2013): Über den Kapitalismus hinaus denken, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15.12.2013
- Pies, Ingo (2013): „Diese Wirtschaft tötet.“ – Wirtschaftsethische Stellungnahmen zu einigen zentralen Aussagen des Apostolischen Schreibens „Evangelii gaudium“ von Papst Franziskus, Diskussionspapier 2013-28, Halle-Wittenberg

- 
- Pies, Ingo (2014): Argumentiert der Papst marktfeindlich?, Diskussionspapier 2014-1, Halle-Wittenberg
- Sen, Amartya (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München
- Stiglitz, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung, 4. Aufl., München
- Wiemeyer, Joachim (1987): Zum Verhältnis von Dependenztheorie und Befreiungstheologie, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, 28. Jg., S. 253-267
- Williamson, John (2004): A Short History of the Washington Consensus, Konferenzpapier "From the Washington Consensus towards a new Global Governance", Barcelona, [http://www.iie.com/publications/papers/williamson\\_0904-2.pdf](http://www.iie.com/publications/papers/williamson_0904-2.pdf)

### **Der Verfasser:**

Jörg Althammer ist Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.